

Kurz vor seinem Rücktritt vom Parteivorsitz legte Matthias Platzeck im April seine Leitsätze für ein neues Grundsatzzprogramm der SPD vor. Das Papier bildet seither Grundlage und Bezugspunkt der Programmdebatte in der SPD. Hier melden sich Generalsekretär Hubertus Heil sowie Mitglieder des Netzwerks Berlin zu Wort.

Der vorsorgende Sozialstaat

VON HUBERTUS HEIL

In den vergangenen Jahren wurde unter dem Druck knapper Kassen und hoher Arbeitslosigkeit eine Diskussion darüber geführt, ob wir uns „den Sozialstaat“ noch leisten können. Darüber ist ein wenig in Vergessenheit geraten, dass es im politischen Wettstreit immer auch unterschiedliche Vorstellungen darüber gab, welche Ziele der Sozialstaat verfolgen soll. Die konservative Idee des Sozialstaats war beschränkt auf die Kompensation von Risiken. Die linke Idee des Sozialstaats ging darüber hinaus: Er sollte die Menschen aus Zwängen befreien, sein Ziel war die Emanzipation und die aktive Gestaltung unserer Gesellschaft nach sozialen Grundsätzen. So wichtig es ist, soziale Errungenschaften nicht aufs Spiel zu setzen: Wir müssen aufpassen, dass die Rollen nicht vertauscht werden und sich die SPD eine konservative Vorstellung zueigen macht.

In der Programmatik der SPD ist der Gedanke der Emanzipation nicht neu. „Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten“, heißt es bereits im Berliner Programm von 1989. Die im April 2006 vorgelegten *Leit-*

sätze auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzzprogramm formulieren die Idee eines vorsorgenden Sozialstaats. Sie knüpfen an die früheren Überlegungen an und entwickeln sie weiter.

Aus meiner Sicht ist der vorsorgende Sozialstaat ein zentraler Baustein eines SPD-Programms für die nächsten Jahrzehnte. Ein *erster* Kerngedanke lautet: Wo immer möglich, sollten die Fähigkeiten der Menschen gestärkt werden, ihr Leben selbst zu gestalten. Und *zweitens* leistet der Sozialstaat einen Beitrag, um die Gesellschaft auf Basis der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu gestalten. Es geht dabei nicht um den Verzicht auf „passive“ Geldzahlungen im Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Sondern es geht darum, die Qualität des Sozialstaats nicht an der Höhe von Transferleistungen zu messen, sondern an seinen Ergebnissen.

Zu wenig Lebenschancen für zu viele

Der Blick auf die soziale Lage unseres Landes zeigt uns, dass unser Sozialstaat – gemessen an seinen Kosten – zu wenig Lebenschancen und zu wenig Gerechtigkeit hervorbringt. Viele Kinder leben in Armut und bekommen nicht die erforderlichen Fähigkeiten vermittelt, in dieser Welt zurechtzukommen. Die Frauenerwerbsquote ist viel zu gering. Ältere und gering qualifizierte Arbeitnehmer haben miserable Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Unser Gesund-

heitssystem ist teuer; andere Länder erzielen mit weniger Mitteln bessere Ergebnisse. All das sind Gründe, neu über unseren Sozialstaat nachzudenken. Vier Ziele sind es, die der vorsorgende Sozialstaat verfolgt.

1. *Der vorsorgende Sozialstaat setzt auf Chancengleichheit vom frühen Kindesalter an.* Bildungsforscher mahnen, dass die Weichen für die persönliche Entwicklung eines Menschen in den ersten Lebensjahren gestellt werden. Wer heute nicht dafür sorgt, dass schon kleine Kinder ihre Begabungen entfalten können, trägt Verantwortung für die soziale Ungleichheit von morgen.

2. *Der vorsorgende Sozialstaat stärkt die individuellen Fähigkeiten der Menschen.* Wo Lebensläufe brüchiger werden und die Anforderungen der Arbeitsgesellschaft zunehmen, muss ein vorsorgender Sozialstaat Hilfen entlang des Lebenslaufs anbieten, damit Menschen Schritt halten können mit dem Wandel.

3. *Der vorsorgende Sozialstaat ist eine Antwort auf die demografische Entwicklung.* Der dänische Soziologe Gøsta Esping-Andersen weist zu Recht darauf hin, dass jede gute Rentenpolitik bei den Kindern beginnt. Wir brauchen mehr Kinder in unserem Land und müssen alles dafür tun, dass junge Familien ihre Kinderwünsche realisieren können.

4. *Der vorsorgende Sozialstaat ist eine wirtschaftliche Produktivkraft.* Je besser die Menschen ausgebildet sind, desto besser sind ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt, desto höher ist ihre Produktivität und somit auch der in der Gesellschaft zu verteilende Wohlstand.

Konkret heißt das: mehr Bildung und Beratung in allen Lebenslagen, eine bessere Familienpolitik, eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik, eine Gesundheitspolitik, die auf

Vorsorge und den Ausbau sozialer Infrastruktur setzt. Schon diese Stichworte machen deutlich, dass der vorsorgende Sozialstaat kein billiger Sozialstaat ist. Aber er braucht dort, wo seine Finanzierung an die Lohnkosten gekoppelt ist – bei der Renten-, der Kranken-, der Pflege- und der Arbeitslosenversicherung – eine veränderte und breitere Finanzierungsbasis. Wir müssen unseren Sozialstaat stärker durch Steuern finanzieren.

Zu Ende gedacht bedeutet dies, dass der vorsorgende Sozialstaat nicht mehr danach fragt, ob jemand Beamter, Arbeitnehmer oder Selbständiger ist, sondern am Bürgerstatus ansetzt. Weil alle Menschen vom vorsorgenden Sozialstaat profitieren, werden auch alle in die Solidarität einbezogen.

Steuern für den Sozialstaat?

VON NINA HAUER

In den Leitlinien für die SPD-Programmdébatte wird für die *stärkere* Steuerfinanzierung des Sozialstaats plädiert. Diese Aussage ist allerdings keine neue Programmatik, sondern eine politische Notwendigkeit. Programmatik wäre etwas anderes, nämlich ein *Systemwechsel* zum steuerfinanzierten Sozialstaat. „Mehr Steuergeld in den Sozialstaat“ – für vom Sparen und Verändern gereizte Sozialpolitiker mag das wunderbar klingen. Alle Probleme der abgabefinanzierten Systeme

wie Rente oder Krankenversicherung scheinen gelöst. Von der demografischen Entwicklung und den Beschäftigtenzahlen wäre man künftig weniger abhängig, der Faktor Arbeit würde weniger belastet, höhere Einkommen und Vermögen hingegen stärker beteiligt.

Was neu ist an diesem Vorhaben? Nichts. Der Einstieg in den steuerfinanzierten Sozialstaat hat längst stattgefunden: Fast ein Drittel des Bundeshaushaltes geht bereits heute als Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung. Auch die gesetzliche Krankenversicherung erhält Steuermittel aus dem Bundeshaushalt. Und das Arbeitslosengeld II ist gar eine komplett steuerfinanzierte Sozialleistung – mit steigenden Kosten.

Die Grundrente geistert durchs Feuilleton

Wofür genau brauchen wir also „mehr Steuergeld in den Sozialstaat“? Für eine steuerfinanzierte Grundrente wie sie immer wieder durch das politische Feuilleton geistert? Dagegen spricht eine einfache Rechnung: Eine steuerfinanzierte Grundrente in Höhe von 400 Euro bei derzeit 22 Millionen Rentnern würde den Bundeshaushalt jährlich um über 105 Milliarden Euro zusätzlich belasten. Und das bei einem Gesamthaushalt von heute rund 260 Milliarden Euro!

Dafür müssten wir also die Steuern erhöhen. Im Gegenzug könnte man die Beiträge zur Rentenversicherung abschaffen. Dabei gibt es jedoch ein Problem: Aufgrund des Äquivalenzprinzips in der Rentenversicherung – den Beiträgen muss eine angemessene Leistung gegenüberstehen – ist es rechtlich kaum möglich, die Leistungen für die heutige Rentnergeneration auf eine Grundrente zu beschrän-

ken. Auch politisch können wir das nicht wollen.

Die Höhe der Steuereinnahmen ist abhängig von der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung. Die daraus resultierenden Risiken vermag nur ein kapitalgedecktes System auszugleichen, weil es den internationalen Kapitalmarkt nutzen kann. Für den Bundeshaushalt kommt eine Kapitaldeckung jedoch nicht in Frage. Dazu kommt: Der Haushalt unterliegt immer wieder aufs Neue der politischen Mehrheitsentscheidung. Was jeweils aus dem Steuersäckel für den Sozialstaat ausgegeben wird, ist daher variabel.

Genau hier liegt der Hauptunterschied zum steuerfinanzierten System: Weil unser Sozialstaat auf den Abgaben der sozialversichert Beschäftigten beruht, ist das Sozialsystem in sich weitgehend geschlossen. Am deutlichsten kommt diese Geschlossenheit in der umlagefinanzierten Rentenversicherung zum Tragen: Trotz Fremdfinanzierung, Steuerzuschuss und aller Reformen bleibt es ein System der abhängig Beschäftigten untereinander.

Die Erwerbsarbeit steht im Mittelpunkt. Sie ist das Kernmotiv des deutschen Sozialstaats: Die erwerbstätigen Menschen sollen abgesichert werden gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter. Sicher, auch Nicht-Erwerbstätige können zu dieser Sicherung beitragen und von ihr profitieren. Somit können auch hohe Einkommen, Vermögen und Kapitalgewinne für den Sozialstaat herangezogen werden.

In anderen Sozialmodellen führt dies jedoch dazu, dass nur noch eine Grundversorgung für alle sichergestellt werden kann. Wenn alle Einkommensarten aller Bürger zur

Finanzierung der Sozialsysteme beitragen, müssen diese Beitragszahler auch alle versorgt werden. Die Folge: weniger Sozialleistungen für alle.

Ohnehin ist unser Sozialstaat mit seiner Lebensstandardgarantie ins Hintertreffen geraten – und das nicht nur aus finanziellen Gründen. Das Anspruchsäquivalent bevorzugt Biografien, wie es sie heute nur noch in Ausnahmefällen gibt. Über die Jahre hat es sich zudem als regelrechte Blockade für eine Reintegration in den Arbeitsmarkt erwiesen. Dennoch: Wer Steuerfinanzierung durch alle will, muss Leistungssenkungen in Kauf nehmen.

Reicht der Mut zum Paradigmenwechsel?

Die enge Bindung unseres Sozialstaates an den Faktor Arbeit hatte ursprünglich aber weniger soziale als ökonomische Gründe: Die Erwerbsarbeit ist die Quelle der allgemeinen Wertschöpfung und die Grundlage unseres Wohlstands. Warum sonst bemühen wir uns, Frauen (besonders Mütter), Ältere und Jüngere ins Arbeitsleben zu integrieren? Weil es sonst weniger gesellschaftlichen Zusammenhalt gäbe.

Letztlich muss die Politik entscheiden, ob sie sich den echten Paradigmenwechsel zum steuerfinanzierten Sozialstaat zutraut. Und besonders die SPD muss sich klar darüber werden, ob sie den Sozialstaat jetziger Prägung in seinem Kern verändern will. Dafür könnte auch aus sozialdemokratischer Sicht einiges sprechen. Die Befürchtung, anders das bestehende System nicht mehr verändern und zukunftsfest machen zu können, sollte allerdings nicht dazu gehören.

Türöffner für die Menschen

VON ULRICH KELBER

Was unterscheidet Wahlkampf in den USA und Wahlkampf in Deutschland? In Amerika glauben die meisten Menschen ihren Politikern, wenn die ihnen versichern, die besten Zeiten lägen noch vor dem Land. In Deutschland gilt man schon als unverbesserlicher Träumer, wenn man davon spricht, möglichst viel vom erreichten Wohlstand retten zu wollen.

Was das mit dem geplanten neuen Grundsatzzprogramm der SPD zu tun hat? Eigentlich alles! Die SPD leidet darunter, dass sie heute von vielen Wählern nicht einmal mehr als die „Schutzmacht der kleinen Leute“ wahrgenommen wird. Dabei ist die Herausforderung tatsächlich noch viel größer: Um mehrheitsfähig zu bleiben, reicht es nicht, allein „Schutzmacht“ zu sein. Die SPD muss wieder zum „Türöffner“ für die Menschen werden und ihnen mit ihrer Politik Zukunftschancen erschließen.

Die deutsche Sozialdemokratie war in ihrer Geschichte immer dann besonders stark, wenn die Menschen in ihr nicht nur einen Schutz vor der Unbill des Lebens sahen, sondern auch an die „sozialdemokratischen Versprechen“ glaubten: an die Möglichkeit des Aufstiegs durch Leistung, an die Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle, an eine gute Zukunft. Das war so, als die SPD gegründet wurde. Es war so

im Kaiserreich, auch noch in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, und erneut in den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

Dieses Versprechen muss die SPD mit ihrem neuen Grundsatzzprogramm glaubhaft erneuern und den Menschen wieder Zukunftsoptimismus vermitteln. Zu diesem Optimismus gehören ganz vorneweg die Zuversicht, aus eigener Kraft sozial aufsteigen zu können; die Gewissheit, gegen die großen Lebensrisiken solidarisch abgesichert zu sein; die Selbstverständlichkeit, gleiche Bildungschancen zu haben; die Notwendigkeit, vom Arbeitslohn den eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können; und die Sicherheit, nicht durch Alter, Geschlecht, Herkunft oder aus anderen Gründen in den eigenen Chancen beeinträchtigt zu werden.

Mehr bessere Bildung für alle!

Prinzipiell werden wohl Politiker aller Parteien diese Forderungen unterschreiben können. Was ist der Unterschied zwischen den Ansätzen der SPD und denen der politischen Konkurrenz? Wie will die SPD diese Leitziele im konkreten Alltag der Menschen erreichen?

Am Anfang der sozialdemokratischen Antwort steht die Bildung: Bildung für alle, mehr Bildung als heute, bessere Bildung als heute, die Möglichkeit zum lebenslangen Weiterlernen. Denn in der modernen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft müssen junge und ältere Menschen eine bessere Bildung und Ausbildung haben als je zuvor in der Geschichte. Wer keine Berufsausbildung hat, wird in Zukunft so gut wie keine Chance mehr auf einen Job und damit auf sozialen Aufstieg haben.

Wer dagegen einen gleichberechtigten, von der sozialen oder ethnischen Herkunft unabhängigen Zugang zu Bildung besitzt, der kann aus eigener Kraft sozial aufsteigen, teilhaben an der Gesellschaft und seine Zukunft selbst bestimmen. Hier unterscheidet sich die SPD von Union und FDP: Wir wollen flächendeckend Ganztagschulen. Wir wollen langes gemeinsames Lernen. Wir wollen eine besondere und gezielte Förderung für Kinder, die durch ihre Herkunft aus bildungsfernen Schichten – häufig mit Migrationshintergrund – in ihren Bildungschancen benachteiligt sind. Wie jedes gute Parteiprogramm wird auch das neue Grundsatzzprogramm diese Spannung aus allgemeinen Zielen und überzeugenden konkreten Projekten brauchen.

Nur wer auf einem sicheren Fundament steht, ist bereit, Neues zu wagen, zu experimentieren, Zeit und Kraft in Bildung, Ausbildung, Familie und Beruf zu investieren. Viele Menschen sind heute mit gering bezahlten, ungeschützten und belastenden Jobs konfrontiert. Junge Menschen erleben immer häufiger, wie unbezahlte Praktika, Zeitverträge und Scheinselbständigkeit den Einstieg ins Berufsleben erschweren. Das wichtigste Instrument gegen dieses Gefühl der Unsicherheit ist die solidarische Absicherung der großen Lebensrisiken Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie der gesellschaftlich erwünschten Nichterwerbsphasen wie Erziehung und Alter. Wir Sozialdemokraten wollen mehr Eigenverantwortung in diesen Sicherungssystemen, lehnen aber die Umstellung auf rein private, kapitalbasierte Sicherungen ab.

Stattdessen bedürfen die solidarischen Sicherungssysteme einer Anpassung an die neuen Erwerbsbiografien. Beim Thema

Erziehung ist dies mit den sozialdemokratischen Instrumenten Elterngeld, Ganztagschule und Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente schon ganz gut gelungen. Jetzt müssen die anderen Politikfelder folgen.

Ohne Freiheit ist alles nichts

VON CHRISTIAN LANGE

Freiheit ist und bleibt das große Versprechen der sozialdemokratischen Bewegungen überall auf der Welt. So ist es kein Zufall, dass Freiheit am Anfang des Grundwertekanons der deutschen Sozialdemokratie steht. Sie muss immer der verpflichtende Maßstab unseres Handelns bleiben, wenn wir auch unter den Bedingungen des ständigen Wandels im 21. Jahrhundert an die große Geschichte der Sozialdemokratie als Freiheits- und Emanzipationsbewegung anknüpfen wollen.

Freiheit ist auch immer die Freiheit des Andersdenkenden. Deshalb ringen wir im politischen und gesellschaftlichen Diskurs unserer Demokratie mit anderen, ebenso legitimen Auffassungen. Doch die Freiheit von der wir Sozialdemokraten sprechen, ist nicht die Freiheit, die etwa ein Guido Westerwelle im Sinn hat. Denn wir haben uns seit jeher verwahrt gegen die liberalistische „Freiheit, unter der Brücke zu schlafen“. Solche Freiheit ist nur Freiheit für wenige. Diesem verkürzten, hochgradig exklusiven Verständnis setzen wir eine

sozialdemokratische Vision entgegen, die gerade all diejenigen einbezieht, die am Rande der Gesellschaft stehen und von allen anderen politischen Kräften längst abgeschrieben wurden.

Freiheit kann man nicht ohne Gerechtigkeit und Solidarität denken. Ohne Gerechtigkeit können nur diejenigen sich und ihre Potenziale entfalten, die es sich leisten können. Ohne Solidarität, ohne dass wir als Menschen füreinander eintreten und einander helfen, ist kein menschenwürdiges Leben für jeden Einzelnen in unserer Gesellschaft möglich. Das Ziel politischen Handelns ist in diesem Sinne, dass das Leben für alle Menschen, für jeden einzelnen in seiner unveräußerlichen Individualität offen ist. Die Lebenschancen in unserer Gesellschaft sollen eben nicht vorherbestimmt sein durch Herkunft, Einkommen, Religion, Geschlecht oder Hautfarbe, unabhängig von den eigenen Fähigkeiten, Leistungen und Träumen. Da hilft der Staat – entgegen Angela Merkels Beschwörungen – nicht als Zaungast und schon gar nicht als Zaun. Hier muss er aktiv werden, wie etwa mit einem umfassenden Gesetz zum Schutz vor Diskriminierung oder durch einen effektiven und gerechten Sozialstaat, der verschüttete Potenziale aktiviert.

Weit über das Berliner Programm hinaus!

Zur Freiheit gehört zwingend die negative Freiheit: die Freiheit von Unterdrückung, Zwang und Angst. Wie notwendig die negative Freiheit ist, führen uns der transnational operierende Terrorismus und rassistische Übergriffe in unserem Land deutlich vor Augen. Zu ihr gehört auch die Freiheit von Not und Armut. Die negative Freiheit ist die Grundlage. Doch

sie reicht nicht aus. Denn Freiheit umfasst gerade auch *positive* Freiheit, also die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und die eigenen Lebenschancen wahrnehmen und verwirklichen zu können. Hier muss das neue Grundsatzprogramm weit über das Berliner Programm hinausgehen und den Grundwert der Freiheit deutlich stärker betonen.

Wir müssen der sozialdemokratischen Erzählung ein neues Kapitel hinzuzufügen – durch unsere Programmarbeit, aber auch durch unsere praktische Politik. Dieses Kapitel muss davon handeln, die Menschen zu stärken und ihnen bislang verschlossene Wege zu öffnen, damit sie ihre verbürgten Freiheitsrechte auch tatsächlich wahrnehmen können.

Abschied von Liebgewonnenem

Dabei sollten wir uns an Willy Brandts berühmten Satz aus dem Jahre 1992 erinnern: „Darum besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“ Das kann auch bedeuten, sich von Liebgewonnenem zu verabschieden. Schließlich sind nicht die Instrumente entscheidend, sondern die Ziele. Der vorsorgende Sozialstaat der Zukunft muss daran gemessen werden, welchen Freiheitsgewinn er den Menschen bietet, nicht daran, wie viele Milliarden Euro er umverteilt. Unser Ziel darf es eben nicht sein, das Elend zu alimentieren, sondern Menschen vom Rand in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen und ihnen neuen Mut, neue Mittel und neue Kraft für ein selbstbestimmtes Leben zu geben.

Bei alledem gilt zugleich eindeutig, dass Verantwortung das Unterpfand der Freiheit

ist. So trivial es klingt: Wer Rechte hat, hat auch Pflichten – gegenüber sich selbst und der Gemeinschaft. „Frage nicht zuerst, was Dein Land für Dich tun kann, frage, was Du für Dein Land tun kannst“ – so viel Pathos mag für deutsche Ohren ungewohnt klingen, aber dieser Satz John F. Kennedys hat auch heute bei uns seine uneingeschränkte Berechtigung. Nur wo jeder bereit ist, von seiner Freiheit verantwortlich Gebrauch zu machen und seinen Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten, ist die Freiheit aller gesichert. Denn Freiheit ist nicht alles, doch ohne Freiheit ist alles nichts.

Der Staat: Von den Menschen für die Menschen

VON MICHAEL HARTMANN

Bis vor kurzem war es geradezu en vogue, den Staat zu verachten. Die Angriffe kamen aus unterschiedlichen Richtungen: Für die einen war der Staat eine Krake, die sich mit ihren vielen Armen in nahezu alle Lebensbereiche dränge. Andere sahen in ihm einen Repressionsapparat, den man misstrauisch beäugen müsse. Wieder andere empfanden den Staat als schwach und unfähig. Und manche vermissten beim Staat die eigenen Ideale und Werte.

Wie auch immer diese Kritik motiviert und intendiert war – stets sah sie im Staat ein die

Freiheit hemmendes, wenn nicht sogar die Freiheit zerstörendes Element.

All diese Stimmen sind inzwischen leiser geworden. Damit wächst die Chance, den positiven Grundton dessen, was den Staat ausmacht, wieder wahrzunehmen. Die beiden großen Volksparteien könnten nun in ihren Programmdebatten einen modernen Staatsbegriff definieren. Nur wenn Union und SPD sich ein jeweils eigenes Staatsverständnis erarbeiten, wird ihnen die Selbstvergewisserung auch auf anderen Themenfeldern gelingen.

Schaffen die großen Parteien das nicht, werden ihre Identitätskrisen fort dauern. Die Folge: Die Parteien würden sich nicht öffnen. Diese Öffnung ist aber unbedingt notwendig, um von der Bevölkerung wieder stärker akzeptiert zu werden. Deshalb sei daran erinnert, dass jeder Staat ein politischer Verband ist. Indem er entsteht, gelingt die Stiftung des innergesellschaftlichen Friedens. Damit steht er der Gesellschaft nicht als etwas gänzlich anderes gegenüber, sondern ist sozusagen ihr Aggregatzustand. Seine zentrale Aufgabe bleibt die Gewährleistung und Vertiefung dieses Friedens. Dazu muss der Staat ständig behutsam aber erfolgreich Macht ausüben. Dafür benötigt er auch das ihm übertragene Gewaltmonopol.

Der neuzeitliche Verfassungsstaat vollbringt diese Leistung sogar unter den Bedingungen der Freiheit. Er orientiert sich dabei an der Personalität seiner Mitglieder. Völlig gefeit gegen Pervertierung ist er damit zwar noch nicht. Doch zahlreiche Kontrollmechanismen schützen ihn heute stärker vor sich selbst, als das bei anderen politischen Verbänden der Fall ist. Wenn diese Beschreibung zutrifft, dann wohnt jedem staatlichen Handeln – das aus Politik re-

sultiert und ohne sie keinen Augenblick auskommt – per se ein ethisches Moment inne. Das ist zwar nicht stets auf den ersten Blick erkennbar, aber es ist wichtig, sich diese Prämisse immer vor Augen zu halten.

Ebenso wichtig wie einzelne Sachentscheidungen sind die Formen und Prozesse, in denen sich Politik vollzieht sowie die Tatsache, dass Politik auf der geschilderten Basis stattfindet und dass dadurch die gesamtstaatliche Machtdisposition ständig neu integrativ gelingt. Ist eine Entscheidung nicht sachgerecht, misslingt die Integration der Gesellschaft. Ist eine Entscheidung nur sachgerecht und berücksichtigt nicht die personalen Momente, wird sie ebenfalls nicht akzeptiert. Nur die Beachtung dieses Umstandes ermöglicht die Bereitstellung der in jüngster Zeit immer häufiger und zu Recht nachgefragten öffentlichen Güter.

Manchmal lästig, aber immer nötig

Gehen aber nicht alle Beteiligten innerhalb eines Staates – und dabei wiederum vor allem jene, die mit mehr Autorität und Einfluss ausgestattet sind als andere – in diesem Sinne pfleglich mit dem Staat um, wird das Konzept des Staates auf Dauer scheitern. Der Staat mag lästig sein, aber er ist nötig. Er lebt wesentlich von Formen und – als soziales Gebilde – von Menschen. Die agieren in und mit Hilfe von Institutionen. Deshalb ist eine Renaissance des parlamentarischen Regierungssystems geboten.

Das System muss Vertrauen zurückgewinnen, indem *erstens* dessen Repräsentanten vertrauenswürdig agieren; indem *zweitens* deren Bereitschaft zunimmt, die notwendigen Entscheidungen auch gegen Widerstände zu fällen

und Verantwortung dafür zu übernehmen; indem *drittens* zugleich das Mehrheitsprinzip als Wert anerkannt bleibt; und indem schließlich *viertens* Eigenverantwortung und Subsidiarität dabei nicht bedeutungslos werden.

Kommunale Bezüge werden diesen Anforderungen tendenziell eher gerecht. Denn dort wird unmittelbarer das sachlich Gebotene gegen das sozial Zumutbare abgewogen. Diese Gangart darf in einer immer mehr von Fliehkräften bedrohten Welt Vorbild sein. So kann es nämlich auch gelingen, die friedensstiftende und -erhaltende staatliche Kärnerarbeit auf den so genannten übergeordneten Ebenen zum Erfolg zu führen. Problem- und Lösungsstrukturen in größeren politischen Verbänden als den klassisch nationalstaatlichen können so besser herausgebildet werden.

Bildung nur durch den Staat?

VON THOMAS OPPERMANN

Wer die Leitsätze für das neue Grundsatzzprogramm der SPD durcharbeitet, erkennt schnell, dass die bildungs-, forschungs- und innovationspolitischen Abschnitte unterbelichtet sind. Auf konkrete Fragen geben die Leitsätze keine Antwort. Wird sich die SPD nach der erfolgreich gestarteten Exzellenzinitiative jetzt auch im Grundsatzzprogramm für Elite-Universitäten aussprechen? Wird unter dem Eindruck der Pisa-Studie das

Bekenntnis zur Gemeinschaftsschule offensiver ausfallen? Will die SPD die in CDU-Ländern eingeführten Studiengebühren wieder abschaffen, wenn sie die nötigen Mehrheiten zurückgewinnt? Ist es richtig, wenn der Bund im Grundgesetz auf Kooperationen mit den Ländern in der Schulpolitik weitgehend verzichtet?

Die Leitsätze sind in einer für normale Leser schwer verdaulichen Sprache verfasst, die schon im Berliner Programm nur wenigen gefiel. Viele glatt geschliffene, manchmal banale, manchmal pathetische Sätze verdecken die wenigen zutreffenden Analysen einer veränderten politischen Wirklichkeit sowie einige kreative Ansätze für eine erneuerte sozialdemokratische Programmatik. Diese Diktion wird das neue Grundsatzzprogramm der SPD nicht populärer machen als seine Vorgänger.

Anschaulichkeit schadet nie

Natürlich hat ein Grundsatzzprogramm andere Funktionen als ein Regierungsprogramm. Es bestimmt in der Regel keine Wahlauseinandersetzungen – wohl aber die Identität der Partei. Deshalb dürfen die Analysen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und die Beschreibung der sozialdemokratischen Grundwerte und Zielvorstellungen durchaus so anschaulich ausfallen, dass Interessierte sie lesen und sich somit identifizieren können.

Diese Kritik trifft in besonderer Weise auf den Abschnitt zur Bildungspolitik zu. Zunächst definieren die Leitsätze Bildung zutreffend als Voraussetzung für die Freiheit zur eigenen Lebensgestaltung: „Nur wenn Menschen den Zugang zu öffentlichen Gütern wie Bildung und Information haben und wenn sie

ausreichende materielle Absicherung genießen, sind sie in der Lage, ein freies Leben zu führen.“ Zugleich wird „Teilhabe an Bildung“ als Voraussetzung für „Chancengleichheit“ bezeichnet und aus dem Grundwert der Gerechtigkeit hergeleitet. Bildung solle kein Privileg weniger, sondern Mittel zur Emanzipation möglichst aller werden.

Um diesen Bildungsoptimismus zu verstärken, der aus der Zeit der Aufklärung in die sozialdemokratische Programmatik einfließt, wird Bildung erstmals als „öffentliches Gut“ definiert. Daran ist nichts auszusetzen, es darf jedoch nicht zu einer falschen Akzentsetzung verleiten. So heißt es nämlich an anderer Stelle: „Wenn wir in Zukunft einen hohen Wohlstand erhalten wollen, dann sind mehr öffentliche Investitionen in soziale Dienstleistungen, Bildung, Innovation und Infrastruktur notwendig.“ Und wieder anderswo: „Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft setzt deutlich mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur voraus. Notwendig ist eine stetig ansteigende öffentliche Investitionstätigkeit.“

Warum sollen nur die öffentlichen Investitionen und Ausgaben für die Bildung steigen? Was spricht angesichts des großen privaten Reichtums dagegen, dass deutlich mehr private Mittel in die Bildung fließen? Deutschland wendet im internationalen Vergleich deshalb zu wenig für Bildung auf, weil der private Sektor hierzulande weitgehend ausfällt. Um mehr privates Geld in den Bildungsbereich zu locken, müssen dort – ganz im Sinne der an anderer Stelle in den Leitsätzen zu Recht geforderten „freiheitlichen Bürgergesellschaft“ – mehr Angebote zur gesellschaftlichen Mitwirkung gemacht werden.

Kindergärten, Schulen und Hochschulen müssen staatlich gewährleistet und öffentlich auf Qualität kontrolliert werden; sie müssen aber nicht in jedem Fall auch vom Staat selbst betrieben werden. Viele freie Schulen von sehr guter Qualität beweisen das. Beispielsweise können Hochschulen als Stiftungen oder Schulen als eigenverantwortliche Einrichtungen betrieben werden, in denen Eltern, Sportvereine, Kultureinrichtungen oder Handwerksmeister mitwirken und Verantwortung übernehmen. Kurzum: Die Leitsätze sind zu sehr auf die Rolle des (starken) Staates fixiert und legen zu wenig Gewicht auf die Entfaltung gesellschaftlicher und bürgerschaftlicher Potenziale.

Die Kraftquellen des 21. Jahrhunderts

Auf Bildung und Innovation nehmen die Leitsätze an verschiedenen Stellen Bezug, zudem ist diesen Politikfeldern ein eigener, 12 Sätze umfassender Absatz gewidmet: „Bildung und Wissen“, heißt es dort, seien die „großen sozialen und gesellschaftlichen Kraftquellen des 21. Jahrhunderts“. Gute Bildung und Ausbildung entschieden nicht nur über die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft, sondern mehr denn je über die Zukunft des einzelnen Menschen, seine individuelle Freiheit, seine Lernfähigkeit und kulturelle Offenheit, seine Urteils- und Kritikfähigkeit und nicht zuletzt die Chancen der Selbstverwirklichung. Bildung und Ausbildung werden hier aber nicht nur in ihren emanzipatorischen Dimensionen gesehen, sie „bedeuten auch Erziehung. Junge Menschen müssen die Normen und Werte unserer Gesellschaft lernen“. Die Leitsätze fordern,

dass der „Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur [als] ein zentrales Element von Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit“ nicht von der sozialen und ethnischen Herkunft oder dem Geschlecht der Menschen abhängig sein dürfe: „Der Zugang zum Studium muss Begabten aus allen Schichten breiter geöffnet werden. ... Es geht uns um die bestmögliche Bildung für alle vom Kindergarten über die Schule bis in die Hochschule sowie um die gleichzeitige Förderung der Breite und an der Spitze.“

Die lernende und innovative Gesellschaft

Alles, was da steht, ist richtig und dürfte nicht einmal von der politischen Konkurrenz in Frage gestellt werden. Um die SPD als Partei der Bildung, der Forschung und Innovation stärker zu profilieren, sollte der Entwurf einer lernenden und innovativen Gesellschaft im Programm eigenständiger und umfassender herausgestellt werden. Wir verfügen heute über genügend Erkenntnisse, um die gravierenden Probleme unseres Bildungs- und Innovationsystems zu lösen. So ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass die ersten Lebensjahre für die Sprach- und Intelligenzentwicklung der Kinder und ihre damit verbundenen Bildungschancen von größter Bedeutung sind. Über die Chancenverteilung wird in dem Bereich am stärksten entschieden, in dem die öffentlichen Bildungseinrichtungen bisher am schwächsten entwickelt sind: bei der frühkindlichen und elementaren Bildung. Hier muss ansetzen, wer ausschließen will, dass auch in Zukunft 15 Prozent aller Jugendlichen – überwiegend aus unteren sozialen Einkommensgruppen und Migrantenfamilien – die Schule ohne

Abschluss verlassen und daher ohne Chancen auf einen Arbeitsplatz sind.

Kinder aus nicht-deutschsprachigen Familien der Unterschicht bekommen nur dann eine faire Chance, wenn sie ab dem Alter von drei Jahren einen Kindergarten besuchen. Eine Kindergartenpflicht ab dem vierten Lebensjahr sollte deshalb nicht länger Tabu sein. Um die Möglichkeiten frühkindlicher Bildung zu nutzen, müssen Kindertagesstätten pädagogisch besser vorbereitet werden. Für Leitungsaufgaben in Kindergärten sollte künftig eine Fachhochschul-Ausbildung Voraussetzung sein. Einschulungen sollten als fließender Übergang von der vorschulischen Bildung in altersübergreifenden Eingangsgruppen erfolgen. Es ist hinlänglich bekannt, dass in Deutschland die Chancen längeren gemeinsamen Unterrichts immer noch zu wenig genutzt werden. Das von Konservativen bis heute bevorzugte dreigliedrige Schulsystem ist vor dem Hintergrund einer in den letzten Jahren erfreulich entideologisierten Bildungspolitik eine anachronistische Ideologiefixierung. Die Modernisierung der dualen Ausbildung, der Ausbau der Fachhochschulen, die Stärkung der Natur- und Technikwissenschaften gehören ebenso zum Leitbild einer lernenden und innovativen Gesellschaft wie die Vermittlung wirtschaftlicher Kenntnisse und die Entfaltung unternehmerischer Talente.

Kein anderes Politikfeld eignet sich besser für das, was der „vorsorgende Sozialstaat“ als neues Leitbild beabsichtigt: „Der vorsorgende und in die Menschen investierende Sozialstaat ... soll die Menschen aktivieren, ihr Leben in eigener Verantwortung zu gestalten.“ Dies funktioniert nur, wenn die Menschen durch Bildung und Ausbildung ihre Potenziale ent-

fallen können. Dies erfordert gewaltige finanzielle Umschichtungen zugunsten des Bildungs- und Forschungssektors wie innerhalb des Bildungssektors. Klar ist: Man kann nicht gleichzeitig den vorsorgenden *und* den nachsorgenden (reparierenden) Sozialstaat auf höchstes Niveau bringen. Im Grundsatzprogramm muss sich die SPD deshalb entscheiden, ob sie an dieser Stelle das gefällige Sowohl-als-auch bevorzugt – oder ob sie durch klare Aussagen Profil gewinnt.

Die Sicherheit Europas und das Programm der Sozialdemokratie

VON ANDREAS WEIGEL

Deutschlands Rolle in der Europäischen Union hat sich gewandelt. Ein Ausdruck dieser Veränderung ist die wachsende politische Verantwortung Deutschlands. Die Sicherheitspolitik ist hierfür exemplarisch. Eigenständige EU-Militäreinsätze auf dem Balkan und dem afrikanischen Kontinent mit substanzieller deutscher Beteiligung stellen die deutsche Sicherheitspolitik vor neue Herausforderungen. Diesen sollte die Bundesrepublik mutig begegnen. Und die SPD muss diese Entwicklungen in der Debatte über ihr künftiges Grundsatzprogramm aufgreifen.

Schon das vergangene Jahrzehnt war von Bemühungen um eine gemeinsame Europäische Sicherheitspolitik gekennzeichnet. Auch in den kommenden Jahren wird der Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion die Aufmerksamkeit deutscher Bundesregierungen beanspruchen. Dabei war die deutsche Europapolitik traditionell vom Primat der europäischen Einigung und einer außenpolitischen Kultur der Zurückhaltung geprägt. Sicherheitspolitisch trat Deutschland nicht in Erscheinung. Vor dem Hintergrund der Kriege des 20. Jahrhunderts war Europapolitik vor allem Friedenspolitik.

Deutschlands Verantwortung wächst

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der erfolgreich vollendeten Wirtschafts- und Währungsunion aber stellt sich die Frage nach den Prinzipien deutscher Sicherheitspolitik in Europa neu. Das Fundament der Europäischen Union hat sich gewandelt; sie ist von einer wirtschaftlichen zu einer politischen Union zusammengewachsen. Das hat Konsequenzen für alle Mitgliedsstaaten. Deutschland muss dabei seiner ständig wachsenden Verantwortung in und für Europa gerecht werden und sich zu einer Führungsrolle in dieser neuen Union bekennen – nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in sicherheitspolitischer Hinsicht. Die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Militäreinsätzen im vergangenen Jahrzehnt war die erste politische Konsequenz aus diesen Entwicklungen. Ihr müssen nun weitere Schritte folgen, vor allem in konzeptioneller Hinsicht.

Zum einen müssen die sicherheitspolitischen Instrumente der Bundesrepublik den

neuen Anforderungen angepasst werden. Die Struktur der Bundeswehr wird im Zuge der notwendigen Transformation verändert und erneuert – die Armee wird zu einer Armee im Einsatz. Auch die Bedeutung ziviler Instrumente der Konfliktbearbeitung muss stärker berücksichtigt werden. Hier befindet sich die deutsche Politik auf einem guten Weg. Darüber hinaus muss Deutschland jedoch bei der Entscheidung über derartige europäische Einsätze sowie bei deren Planung größeren Gestaltungsspielraum beanspruchen. Wir haben bislang nur wenig an der Definition von *Zielen* mitgewirkt. Ein Verzicht Deutschlands auf die ihm innerhalb der Europäischen Union zufallende sicherheitspolitische Führungsrolle würde übrigens auch der EU selbst schaden. Die Bundesrepublik muss zwischen den Anforderungen, die sich an das größte Mitgliedsland richten, und ihrer traditionellen Politik der Zurückhaltung eine neue Balance finden.

Werte und Interessen neu vermessen

In ihrer Programmdebatte kommt die SPD daher nicht umhin, das Verhältnis zwischen Werten und Interessen neu zu vermessen. Die Partei muss das Militär programmatisch als legitimes Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik anerkennen. Der Einsatz militärischer Kräfte über einen längeren Zeitraum muss aber von einem Konsens innerhalb der Bevölkerung getragen werden. Er bedarf zudem einer völkerrechtlichen Legitimation durch die Vereinten Nationen. Auch muss er mit dem Einsatz ziviler Ressourcen einhergehen.

Im neuen Grundsatzprogramm sollten wir darüber hinaus festlegen, dass sich jeder Militäreinsatz an den Kriterien der Menschen-

rechte und der Humanität messen lassen muss. Interventionen müssen aber auch auf der Grundlage der Definition deutscher Interessen erfolgen. Diese leiten sich ab aus der strategischen Lage und der Bedeutung von Regionen für unsere Sicherheit und Lebensqualität.

Um Wirkungsmacht in Bezug auf die Gestaltung der Weltordnung zu gewinnen, müssen formulierte Interessen mit handlungsleitenden Werten verknüpft werden. Werte und Interessen als Grundlage des Einsatzes von Militär – beide Gesichtspunkte müssen in der Programmdebatte ausreichend berücksichtigt werden.

Deutschland hat in den vergangenen Jahren vielfach unter Beweis gestellt, dass es sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen kann. Weil die Bundesrepublik sich jedoch bei den strategischen Planungen und bei der Formulierung konsensfähiger Ziele noch nicht ausreichend einbringt, haben andere Staaten diese Lücke gefüllt. Die Grundsatzprogrammdebatte der SPD sollte sich der deutlichen Formulierung sicherheitspolitischer Ziele widmen.

Wirtschaft der Zukunft

VON RAINER WEND UND ULRIKE MÜHLBERG

Es gibt keine linke oder rechte, sondern nur gute oder schlechte Wirtschaftspolitik“, sagte Gerhard Schröder Ende der neunziger

Jahre. In den Leitsätzen zum neuen Grundsatzzprogramm heißt es dagegen: „Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die an ... Werten und Zielen ausgerichtet ist.“ Kann sich Wirtschaftspolitik an Werten orientieren? Wir meinen: durchaus.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik kann niemals Selbstzweck sein, genauso wenig wie Wirtschaftswachstum Selbstzweck ist. Wirtschaftspolitik muss immer den Menschen dienen und ihnen die Teilhabe am Wohlstand ermöglichen. Dabei ist und bleibt der Markt das mit Abstand beste Ordnungsprinzip der wirtschaftlichen Tätigkeit. Aber der Markt kann nicht alles allein regeln. Er braucht einen starken Staat, der auch steuernde Funktionen übernimmt.

Konservative Industriepolitik ist passé

Unser Grundsatzzprogramm sollte deshalb nicht nur auf Werte verweisen, sondern die Felder konkret benennen, auf denen der Staat seine exekutive Ordnungskraft zukünftig deutlich stärker wahrnehmen muss. In den Leitsätzen sagen die Passagen zur Wirtschaftspolitik hierzu noch zu wenig aus. Dort heißt es, unsere Wirtschaft sei erfreulicherweise auf vielen Gebieten „stark und wettbewerbsfähig“ – wie beispielsweise der Automobilindustrie und der Maschinenbaubranche. Um die notwendigen Akzente einer zukünftigen Wirtschaftspolitik aufzuzeigen, sollten wir aber auch die Bereiche benennen, in denen wir teilweise erheblichen Nachholbedarf haben.

Dies sind Zukunftsbranchen wie beispielsweise die Bio- und Gentechnologie, die Pharmazie oder die Nanotechnologie. Sie alle benötigen dringend mehr finanzielle Mittel,

um im internationalen Wettbewerb Schritt zu halten. Der Staat allein kann diese Branchen nicht nach vorne bringen. Um in innovativen Wirtschaftszweigen wieder Spitzenleistungen zu erzielen, müssen wir vor allem forschungs- und entwicklungsintensive Unternehmen nach Deutschland holen.

Wir sollten deshalb im neuen Grundsatzzprogramm stärker als bislang deutlich machen, dass die Zeiten konservativer Industriepolitik endgültig vorbei sind. Unser Augenmerk liegt nicht mehr auf der Förderung einzelner Unternehmen, sondern auf der Analyse und gezielten Unterstützung von Zukunftsstrukturen. Nur so kann ein Klima geschaffen werden, in dem sich Investoren auf der Suche nach einem geeigneten Standort für unser Land entscheiden.

Der internationale Wettbewerb um Investitionen wird sich fortsetzen und weiter verstärken. In den vergangenen Jahren sind wir dabei immer wieder mit so genannten Hedgefonds konfrontiert worden, die zunehmend auf kurzfristige Profite ausgerichtet agieren. Dieser Entwicklung können und sollten wir uns nicht entziehen. In den Leitsätzen wird aber zu Recht davon gesprochen, dass diese „Orientierung auf den kurzfristigen Profit wirtschaftliche Potenziale zerstören kann“.

Fluchtkapital bringt keine Steuern ein

Damit unsere Wirtschaft die Chance hat, sich nachhaltig zu entwickeln, müssen wir deshalb gezielt auf unsere Stärke setzen: den eigentümergeführten Mittelstand, der für langfristiges Wachstum steht. Instrumente hierfür sind zum Beispiel ein vernünftig ausgestaltetes Erbschaftssteuermodell und der dringend erfor-

derliche Abbau von Bürokratie. Die in den Leitsätzen geforderte stärkere steuerliche Beteiligung von Unternehmen und Privathaushalten an der Finanzierung von Investitionen muss vor diesem Hintergrund deutlich differenzierter erfolgen.

Richtig ist, dass vermögende Privathaushalte sich stärker als bislang an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen können, etwa durch die Vermögens- und Erbschaftsteuer. Jedoch sollten Unternehmen und besonders der Mittelstand keinesfalls pauschal mit höheren Steuern belastet werden. Denn auf Fluchtkapital erhält der Staat keinerlei Steuereinnahmen, und auch von insolventen Mittelständlern lässt sich nur noch wenig holen.

Klare Aussagen zum Mindestlohn

Die Programmdebatte kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir sie möglichst weit in die Gesellschaft tragen. Im Bereich der Wirtschaftspolitik haben wir, was unser Profil nach außen angeht, erheblichen Nachholbedarf. Die Gesellschaft wird sich nur dort an der Programmdebatte beteiligen, wo wir die Menschen direkt ansprechen. Deshalb sollte sich die SPD im Grundsatzprogramm deutlicher zum Thema Mindestlohn äußern als die Leitsätze dies tun. Zu anderen Themen treffen die Leitsätze schließlich auch klare Aussagen. Denn das eindeutige Bekenntnis zu Tarifautonomie und Mitbestimmung steht für einen zentralen Wert sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Diesen Wert teilen nicht nur viele Menschen, er ist zudem ökonomisch sinnvoll, da er letztlich die Produktivität erhöht. Wenn wir solche Werte und Ziele im

neuen Grundsatzprogramm betonen, werden wir klar und deutlich die Richtung unserer Politik aufzeigen und mehr Menschen für die Sozialdemokratie gewinnen.

Lohnendes Wagnis Europa

VON MICHAEL ROTH

Die SPD steht in einer fast 145 Jahre währenden Tradition als *die* Europapartei Deutschlands. Frei von Fehlern und Widersprüchen war ihre Europapolitik – vor allem zu Oppositionszeiten – freilich nicht. Aber das Profil Europas als solidarische Friedensmacht haben Sozialdemokraten wie Willy Brandt, Helmut Schmidt, ja auch Gerhard Schröder geschärft. Die Europäische Union bleibt ein Wagnis – aber ein lohnenswertes! Mut zur europäischen Vision zeigte die SPD schon im Jahr 1925. Im Heidelberger Programm forderte sie erstmals die Vereinigten Staaten von Europa. Diesem Ziel sollte sich die SPD auch zukünftig verpflichtet fühlen.

Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie haben maßgeblich dazu beigetragen, dass der Nationalstaat individuelle Freiheitsrechte mit Solidarität und Wohlstand zu versöhnen wusste. Dieses Wertebündnis ist heute brüchig geworden. Weit über 18 Millionen Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU sind erwerbslos. Die sozialen Sicherungssysteme stecken in der Krise.

Im globalen Wettbewerb geht es nicht allein um Anteile am Weltmarkt, sondern auch um die Strahlkraft unseres europäischen Sozial- und Gesellschaftsmodells. Aufstrebende autoritäre, ja diktatorische Wirtschaftsmächte wie China werben offensiv für ein Gegenmodell: Wohlstand (für wenige) und nationalökonomische Stärke. Implementiert sind dort weder Freiheit noch Demokratie, weder Rechts- noch Sozialstaatlichkeit. Anderswo verhöhn religiöse Fundamentalisten unser Wertefundament. Es liegt an uns zu beweisen, dass erst Demokratie, Pluralität, Rechts- und Sozialstaatlichkeit dauerhaft wirtschaftlichen Fortschritt, hohe Lebensqualität und gesellschaftliche Prosperität ermöglichen.

Ist Europa Problem oder Lösung?

Der europäische Nationalstaat ist nicht am Ende, aber er vermag das historische Versprechen von Teilhabe und Wohlstand nicht mehr vollständig einzulösen. Kapital und Konzerne, Informationen und Interessen schieben sich nur bedingt um staatliche Grenzen. Wer Globalisierung mit einem menschlichen Antlitz fordert, muss deshalb europäisch denken und handeln. Dies zu vermitteln fällt der Sozialdemokratie allerdings immer schwerer. Nur selten noch wird das Vereinigte Europa nicht als Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung wahrgenommen. In weiten Teilen des sozialdemokratischen Milieus irrlichtert das Klischee eines asozialen, demokratiefernen, rüstungswütigen Bürokratiemolochs. Selbstverständlich tobt sich der neoliberale Zeitgeist mitunter auch in Brüssel aus – genauso wie in zahlreichen nationalen Hauptstädten. Wer eine andere, sozialere und ökologischere Politik

in der EU einfordert, muss für entsprechende politische Mehrheiten kämpfen. Wer die EU hingegen grundsätzlich in Frage stellt, beraubt sich des einzig halbwegs tauglichen Instruments, mit dem die staatliche Handlungsfähigkeit heute bewahrt werden kann.

Die EU braucht keine neuen Zuständigkeiten. Sie muss jedoch auf den von ihr verantworteten Politikfeldern besser werden und zu mehr gemeinsamem Handeln fähig sein. Dazu gehört, dass die Wirtschaftsunion endlich der Währungsunion gleichgestellt werden muss. Dazu gehört auch, dass die EU offensiver als bisher gegen Steuer- und Lohndumping vorgeht. Nötig sind verbindliche soziale und ökologische Mindeststandards statt einer Harmonisierung auf unterem Niveau. Zudem sollte eine dem Frieden und der internationalen Solidarität verpflichtete EU nicht nur außen- und entwicklungspolitisch mit einer Stimme sprechen, sondern auch gemeinsame Verteidigungskräfte aufbauen.

Darum sollten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht weniger, sondern mehr Europa wagen. Eine Finalitätsdebatte hilft nicht weiter. Die Stärke der EU liegt ja gerade in ihrer Offenheit und Flexibilität. So bleibt es dabei: Alle europäischen Staaten können der EU beitreten. Müssen aber nicht! Und sie sind zur Einhaltung strenger Kriterien ebenso verpflichtet wie die EU, die endlich die Voraussetzungen für weitere Aufnahmen schaffen muss.

Klar ist: Wer mehr Europa wagt, muss auch mehr Demokratie wagen. Ein starkes Europäisches Parlament braucht europäugleiche nationale Parlamente als Partner, die innerstaatlich verstärkt Einfluss auf die europäische Gesetzgebung nehmen.

Die Europäische Verfassung muss in Kraft treten. Sie ist zwar nicht das Ergebnis des Wünschenswerten, aber des Machbaren. Und sie stellt nicht den Schlussstein der Verfassungsgebung in der EU dar, weitere Schritte sollten folgen. So muss die EU die politische Verantwortung klarer zuordnen als bisher: Eine europäische Regierung sollte aus der Mitte des Europäischen Parlaments gewählt werden. Gleichzeitig sollten das Europäische Parlament als Bürgerkammer und der Europäische Rat als Staatenkammer gleichberechtigte Legislativorgane werden.

Mehr als ein kleines Kapitel muss sein

Dann nämlich wären die europäischen Parteien endlich dazu verpflichtet, mit gemeinsamen Programmen und Spitzenkandidaten in den Wahlkampf zu ziehen. Noch vermag die Sozialdemokratische Partei Europas dies leider nicht zu leisten. Dabei sollte sie mehr sein als ein Kaffeekränzchen sozialdemokratischer Partei- und Regierungschefs. Mehrheitsabstimmungen müssten auch auf Parteikonventen der SPE die Regel werden. Dies erfordert Mut und die Bereitschaft, als Parteiorganisation strukturell und programmatisch europatauglicher zu werden.

Aller grassierenden Verzagtheit zum Trotz: Europa braucht Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Weitblick und Mut. Mehr als ein kleines Kapitel im Grundsatzzprogramm sollte der SPD das Vereinigte Europa schon wert sein. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bleiben die sozialdemokratischen Grundwerte. Nur in einem demokratischen und handlungsfähigen Europa sind sie zu verwirklichen.

Staat und Kapital

VON HANS-PETER BARTELS

Andere geben 100 Millionen Euro aus, um ihre politischen Vorstellungen zu verbreiten. Die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, finanziert von der Arbeitgebervereinigung Gesamtmetall, kauft zehn Jahre lang mit jeweils zehn Millionen Euro öffentliche Aufmerksamkeit für ihr Programm: weniger Staat, Steuern runter, länger arbeiten, Löhne senken, Gewinne rauf.

Die SPD diskutiert derweil ihr Grundsatzzprogramm öffentlich und bis auf weiteres ergebnisoffen. Auf das Jahr 1999 datiert der Einsetzungsbeschluss einer ersten Programmkommission. Inzwischen ist die vierte Truppe am Werk, der vierte Parteivorsitzende führt Regie. Zwei Bundestagswahlen und eine Kanzlerin weiter liegt nun ein erstes Thesepapier zur konkreteren Debatte vor. Zu gleicher Zeit Regieren und Programmieren, das hat doch nicht gut zusammengepasst. Jetzt aber soll das Projekt endlich abgeschlossen werden, wenn nichts mehr dazwischen kommt, im Herbst 2007. Es wäre das achte Programm der dann 144 Jahre alten Partei.

Partikularinteressen als Staatsräson

Hätte man schon im Jahr 2000 beschlussfassen müssen, wäre damals vielleicht manche Glaubensüberzeugung von Gesamtmetall auch sozialdemokratischer Programmgrundsatz geworden: weniger Staat, Steuern runter, Gewinne rauf. Man erinnert sich an das Schröder-Blair-Papier, das der marktförmigen

Steuerung einen gewissen Vorrang vor staatlicher Regulierung einräumte, und an die großzügige Steuersenkungspolitik der rot-grünen Regierung. Das galt vor dem 11. September 2001, vor Börsencrash und New-Economy-Pleite als moderne sozialdemokratische Politik.

Wer damals Ja sagte zur Parole „Privat statt Staat“, der setzte nicht selten auf einen neuen Typ junger, akademisch gebildeter, liberaler, sozialinteressierter, unspießiger Kapitalisten, Start-up-Unternehmer und Investment-Erben, die irgendwie progressiver waren als die öde Old Economy mit ihren CDU-Parteibüchern, Einstecktüchern, ihrem konservativen und nationalen und antisozialdemokratischen Habitus. Modern war damals, Partei zu ergreifen zugunsten einer bestimmten Kapitalfraktion – um den Sachverhalt einmal recht traditionell auszudrücken.

Inzwischen sind das Wolkenschiebereien von gestern. Die Kapitalseite erklärt unverschämt ihre Partikularinteressen zur Staatsräson. Der sozialstaatliche Kompromiss, der einst die Attraktivität des Westens gegenüber dem Osten begründen half, steht unter existenziellem Druck, ebenso wie Arbeitszeiten, Löhne, Standort- und Tariftreue. Die Globalisierung wird zum universellen Erpressungs-Argument. Gebe es nicht ganz schnell mehr Entstaatlichung und Deregulierung, mehr Downsizing und Outsourcing, mehr Steuer- und Sozialkostensenkung, kurz: „mehr Reformen“, dann, so die Drohung, geht der Exportweltmeister Deutschland im internationalen Wettbewerb krachend zugrunde.

Wer aber die Holzhammer-Analyse „Deutschland steht am Abgrund“ nicht teilt, der darf auch zu anderen Schlussfolgerungen, zu anderen Reformrezepturen für die

Bewältigung von Globalisierung, demografischem Wandel und technischer Innovation kommen. Auf diesem Standpunkt steht die SPD heute, und das ist bitter nötig.

Selbstbewusste Staatlichkeit

„Zu lange wurde unser Land schlecht geredet“, heißt es in den SPD-Programmthesen. Wir brauchen „ein positives Verhältnis zu unserem Staat“; die Höhe der Staatsquote sei nicht entscheidend; Finanz- und Kapitalmärkte sollen stärker reguliert, Unternehmen und vermögende Privathaushalte stärker an der Steuerfinanzierung von Bildung, Forschung und Infrastruktur beteiligt werden. Europa wird „als positive Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung“ beschrieben. Die Globalisierung der Märkte sei durch „Globalisierung der Politik“ zu gestalten. Der Sozialstaat der Zukunft sei stärker am Bürgerstatus und weniger an der Form der Erwerbstätigkeit der Menschen (als Arbeitnehmer, Selbständiger, Beamter) auszurichten. Entsprechend solle in den sozialen Sicherungssystemen das Beitragsniveau reduziert und der Steueranteil erhöht werden.

Das alles liest sich als Konsequenz aus den Erfahrungen von sieben Jahren rot-grüner Regierungspraxis: Die Interessen der Kapitalseite sind legitim, aber sie brauchen eine Gegenmacht, eine regulative Idee selbstbewusster Staatlichkeit. Das Primat der Politik, das hier formuliert wird, markiert den Abschied von der ökonomistischen Konsenspolitik der ersten Schröder-Jahre, die alle Widersprüche auf dialektische Weise irgendwie und irgendwo, vielleicht im Internet, aufgehoben sah. Nun ist der Grundwiderspruch wieder da. ■